

Alles im Zeitplan

Nun klappt's ja doch wunsch- und plangemäß. Als leicht verspätetes Nikolausgeschenk wird der Bau- und Umweltausschuss am nächsten Montag ohne große Debatten die beiden Campus-Baupläne 101A und 101B endgültig aus dem Sack holen und damit dem Markt ein Monsterbauwerk zukommen lassen. Da kann **da Krampus** nicht kommentarlos daneben stehen, sondern muss ganz kräftig die Rute schwingen.

Die Spitze des Marktes und ihr eifriger Helfer in der Bauverwaltung haben es jetzt „geschafft“, die Türen zu öffnen um dem Markt mitten im Ort einen vollkommen überdimensionierten Baukomplex zu schenken, der „überragend“ sein wird. Es könnte sein, dass sich hinter dem 8. Türchen des Campus-Adventskalenders ein Danaergeschenk verbirgt. Die Rechnung für Garmisch-Partenkirchen wird dann später – vielleicht in der nächsten Amtsperiode des Gemeinderates – präsentiert.

Daher ist es nun die beste Zeit, ernsthaft darüber nachzudenken, den Verantwortlichen einen Denkkzettel zu schenken, und zwar am 8. März 2026. Da muss sich der einfache Wähler doch fragen, ob er die Verantwortung für die Politik des Marktes wirklich Jemand weiter übertragen möchte, der die Bürger über die durch das Projekt entstehende Kosten vollkommen im Unklaren lässt. Muss dann vielleicht Grundsteuer und Gewerbesteuer erneut angehoben werden? Universitäten und Pflegezentren kosten in erster Linie Geld (=Steuern) der Allgemeinheit. Verdienen kann man damit eher nichts. Wer zahlt für die notwendigen zusätzlichen infrastrukturellen Maßnahmen, wie Verkehrswege und Versorgungsleitungen. Und brauchen wir wirklich noch zusätzliche Menschenmassen mitten im Ort. Die Probleme mit fehlendem Wohnraum und überlastetem Straßen- und Parkraum bekommen die Verantwortlichen ja heute schon nicht in den Griff.

Zudem haben die Verantwortlichen im Zusammenhang mit diesem Projekt - genauso wie beim Kongresshaus – gezeigt, was sie von echter Bürgerbeteiligung halten. Es dürfte einmalig sein, dass eine Gemeinde ein Riesenprojekt, dass den Ort mit Sicherheit verändern wird, ohne jede tatsächliche Bürgerbeteiligung umsetzt. Die Bürger konnten sich die Finger wundschreiben, um nur zu erleben, dass ihre Einwendungen vom Bau- und Umweltausschuss ohne Diskussion einstimmig vom Tisch gewischt wurden.

Im Leitfaden „Bürgerbeteiligung im Städtebau“ des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr wird zur Beteiligung der Bürger bei der Bauleitplanung ausgeführt: „Wer in Projekten, bei denen Bürgerinnen und Bürger Beteiligung erwarten, die Menschen **nicht miteinbezieht**, der muss damit rechnen, dass ihm das Projekt später auf die Füße fällt. Bürgerinnen und Bürger können durch Proteste Bauprojekte verzögern oder verhindern. Das kostet viel Geld und behindert wichtige Entwicklungen. Wer hingegen die Menschen vor Ort frühzeitig einbezieht, kann die Öffentlichkeit „mitnehmen“ und so Eskalationen entgegenwirken.“ Aber die weisen Worte eines bayerischen Ministeriums beeindrucken die Verantwortlichen im Markt überhaupt nicht. Obwohl sich die Gemeinde schon zweimal eine blutige Nase geholt hat, ist der Lernprozess offensichtlich immer noch nicht abgeschlossen.

So bleibt für die Bürger der Weg zum Verwaltungsgerichtshof. Der ist kein Schnäppchen und fördert auch nicht gerade die Zustimmung zur Bauleitplanung.

daKrampus kann nicht – wie die Longleif gGmbH - die Zustimmung der Bürger mit Advents-Gewinnspielen erkaufen. Er kann nur dingend raten:

Wählt bei der Kommunalwahl am 8.März 2026 einen anderen Bürgermeister und andere, kritischere Gemeinderäte!